

# DER MALER

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugsspr. 3 M., u. Arenab. 4 M. viertelj. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Spfr.: Nordsee 8248, Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598  
46. Jahrgang **Hamburg, 23. April 1932** Nummer 17

## An die Arbeiter der ganzen Welt!

Am 1. Mai, dem hohen Feiertag der Arbeit, erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund seine Stimme, um den hehren Gedanken der internationalen Solidarität aufs neue und aufs nachdrücklichste zu bekunden.

Allüberall hin, über alle Schranken und Grenzen hinweg, möge dieser Ruf ertönen, ein Kampf ruft, der alle Kräfte der Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Kapitalismus stärken soll. Alle sollen sich dessen bewusst werden, daß es noch eine Kraft gibt, die imstande ist, die Gesellschaft vor dem Untergang zu bewahren, sie aus höchster Not zu erlösen und eine neue Welt zu schaffen. Das noch bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem kann kaum noch als das herrschende angesehen werden, da es die Herrschaft über die eigenen Produktionsmittel, über die Technik und seinen Gütertausch verloren hat. Der sich seiner Wirtschaftlichkeit rühmende Kapitalismus ist zum größten Vergeuder geworden. In den Händen der Kapitalistenklasse wurde die Technik zum Fluche. In ihrer Raslosigkeit zerstören die Leiter der heutigen Wirtschafts- und Staatspolitik durch Abschneidung und Aufrichtung neuer Schranken die Reichtümer, die der Kapitalismus selbst geschaffen hat. Er vermag die ruhenden Arme nicht mehr in Bewegung zu setzen und dabei verrotten seine Maschinenanlagen.

Es gilt an diesem Feiertag der Arbeit, unsern unbewingbaren Willen zum Ausdruck zu bringen, unsern Arbeitsbrüdern, die außerhalb des Arbeitsprozesses stehen, Arbeit zu verschaffen. Alles, was diesem Zwecke dienlich ist, muß getan werden; deshalb erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und der Einführung der 40-Stunden-Woche. Gleichzeitig muß alles aus dem Wege geräumt werden, was der Behebung

der Arbeitslosigkeit hinderlich ist. An Stelle der Fehltrationalisierung trete planvolle Leitung, Zusammenschluß erfahre Abschneidung, Menschenökonomie beseitige Verwüstung und Brachlegung der Arbeitskraft. Im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder und für die 25 Millionen Erwerbslosen in der

### Was ist unser Verband?

Unser Verband ist die große Schicksals- und Kampf-gemeinschaft aller im Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Tüncher- und Weißbindergewerbe beschäftigten Gehilfen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter. Ein nach den Verhältnissen aufgebautes Verwaltungssystem sorgt für schnelles und reibungsloses Arbeiten aller Instanzen.

### Mit dem Verband als Machtinstrument müssen alle Gegner rechnen,

was die Mitglieder des Verbandes mit Stolz und Freude erfüllt. Jahrzehntelanger Kampf um seine Anerkennung durch die Arbeitgeber und gegen die damals noch den Gewerkschaften feindlich gegenüberstehenden Regierungsgewalten hat den Verband zu einem harten Stütz werden lassen, der nicht mehr gesprengt werden kann. Alle Glieder des Verbandes sind aufs innigste vereint.

### Nach dem Kriege hat die Jugendorganisation eine besondere Bedeutung erlangt, sie bedarf auch weiterhin unserer energischen Unterstützung.

Jedes Mitglied kann durch fleißige Werbearbeit zur weiteren Kräftigung unserer Organisation beitragen. Stets sei die Losung:

**Den Gegnern zum Trutz,  
der Organisation zum Schutz!**

*Willy Bartuk*

Welt fordert der Internationale Gewerkschaftsbund, daß aus dem Versagen der kapitalistischen Wirtschaft die zwingenden Folgerungen gezogen werden.

Am Feiertag der schöpferischen und werteschaffenden Arbeit erheben wir die Forderung nach Beseitigung der unproduktiven Militär-rüstungen, die in sich selbst eine ständige Gefahr des Krieges und seiner Schrecken bedeuten. Den Ruf „Nie wieder Krieg! verstärken wir durch die Parole: Vernichtet die Mittel des Krieges! Die Welt darf nicht den Dividenden der Rüstungs-industrie geopfert werden. Alle Völker müssen sich gegen ihren gemeinsamen Feind wenden: die Rüstungs-industrie. Wir rufen das Gewissen der Menschheit im Namen der Millionen Kriegsoffer wach. Der Profitgier der Waffenfabrikanten, die von Tod und Zerstörung leben, setzen wir den entschiedenen Friedens-willen der Werktätigen und Schaffenden entgegen.

Noch nie ist so klar wie in dieser Krisenzeit, die mit der Gefahr des Krieges und des Faschismus schwanger geht, die gegenseitige Abhängigkeit der Völker und die Notwendigkeit internationaler Solidarität zutage getreten, und noch nie hat sich so unabweisbar die internationale Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme aufgedrängt.

Ehriger und entschlossener als je muß das internationale Proletariat in dieser Zeit sein; denn von niemand anderem als von ihm selbst wird der Anstoß zur Bessergestaltung der Dinge erwartet.

- Gegen Krieg, Munitions- und Rüstungs-kapitalismus!
- Für Frieden, Völkerverständigung und Abrüstung!
- Gegen kapitalistische Anarchie, Arbeitslosigkeit und Hunger!
- Für planmäßige Gemeinwirtschaft, Arbeit und Brot für alle!

Der Internationale Gewerkschaftsbund.

## Der Krisenkongreß des ADGB in Berlin

Der ursprünglich für den 23. März vorgesehene Krisenkongreß hat nun am 13. April getagt. Mit Spannung hat insbesondere die Arbeiterschaft in Deutschland, aber darüber hinaus das ganze deutsche Volk, ja, auch das Ausland, an diesem Tage nach Berlin geblickt. Welche Forderungen werden die Gewerkschaften stellen? Wie wird die Antwort der Reichsregierung darauf lauten? Das waren die Fragen, die immer wieder ventilert wurden. Nun, die freien Gewerkschaften haben durch ihre Vorsitzenden Leipart und Eggert mit aller Deutlichkeit erklären lassen, daß es so wie bisher nicht weiter geht und die Regierung, die ja auch immer wieder Wege zur Hilfe findet, wenn es sich um sanierungsbedürftige Unternehmungen handelt, zum positiven Vorgehen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit gezwungen ist, wenn sie nicht will, daß auch noch denen die Geduld reißt, die sich bei der Wahl des Reichspräsidenten als die treuesten Hüter des demokratischen Staates erwiesen haben. Der ADGB, als Sprachrohr der 6 1/2 Millionen Arbeitslosen bittet nicht, er fordert, daß den Vorschlägen der Gewerkschaften auf Durchführung des von ihnen aufgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramms entsprochen werde. Die Gewerkschaften wollen so wenig wie die Regierung eine neue Inflation, aber es dürfe nicht dahin kommen, daß die Regierung jede Initiative auf Anur-belung der Wirtschaft mit der Begrün-

dung einer Inflationsgefahr fehlen lasse, selbst dort, wo von einer solchen Gefahr keineswegs die Rede sein könne. Es sei aus wirtschaftlichen, sozialpolitischen, nicht zuletzt aber auch aus staatspolitischen Gründen unbedingt notwendig, daß die Regierung entscheidende Schritte unternahme und der weiteren furchtbaren Verelendung breiter Volksmassen nicht tatenlos zusehe. Die politische Atmosphäre werde sich reinigen, wenn die Wirtschaft gesunde, das heißt die Arbeitslosen Beschäftigung hätten.

Die Debattenredner, die teils die Lage bestimmter Industrien, teils die am schlimmsten betroffenen Landesteile schilderten, entrollten ein Bild kaum noch fassbaren Elends, um gleichzeitig, wie es schon in eindringlicher Weise von Leipart geschehen war, nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer anderen Einstellung der Regierung zur Lohnfrage hinzuweisen. Es müsse endlich Schluß gemacht werden mit dem verhängnisvollen Lohnabbau, der schon seit 1 1/2 Jahren durchgeführt, die Wirtschaftskrise nur verschärft, das Elend nur vermehrt habe.

Leider war es dem Reichszkanzler Brüning, der sein Erscheinen fest zugesagt hatte, nicht möglich, sein Versprechen zu halten. An seiner Stelle sprach der Reichsarbeitsminister Stegerwald. Er hat die Gewerkschaften seit vielen Monaten so oft in unangenehme Situationen gebracht, daß das Vertrauen zu ihm

sehr im Schwinden begriffen ist. Oftmals wurden seine Ausführungen mit großer Unruhe und unter heftigsten Widersprüchen entgegengenommen, weil das Gefühl entstehen mußte, daß er trotz seiner Behauptung, sich von niemand in der Fürsorge für die Arbeitslosen übertreffen zu lassen, doch nicht immer dem Ernst der Situation entsprechende Worte fand. Ein Debattenredner sagte ihm nachher nicht mit Unrecht, er solle doch wieder einmal den Gewerkschafter in sich zu wecken suchen und nicht immer nur Reichsarbeitsminister sein. Es handele sich jetzt tatsächlich um mehr als darum, die Arbeitnehmer durch schöne Reden zu beschwichtigen.

In die Debatte griff auch der preussische Ministerpräsident Otto Braun ein. In bei ihm gewohnter Sachlichkeit, aber teils auch mit beißender Schärfe, setzte er sich mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung auseinander, um besonders am Schluß darauf hinzuweisen, wie notwendig für uns auch die Herstellung eines festen Vertrauensverhältnisses mit dem Auslande wäre, zu dem aber nur auf dem Wege über ein demokratisch regiertes Deutschland zu kommen sei.

Die Schlussworte Eggerts brachten noch einmal eine scharfe Anklage gegen die Reichsregierung und den Hinweis darauf, daß es die zwölfte Stunde sei, um eine positive Wirtschaftspolitik einzuleiten. Würden die Ar-



lich notwendige Renovierungsarbeiten alljährlich ausführen zu lassen, und man muß mit bitterem Gefühl feststellen, daß es nicht immer Mangel an Mitteln oder wirtschaftliche Bedürftigkeit ist, die dort unbedingt auch auf diesem Gebiet zum Sparen zwingt.

Dem beruflichen Arbeitsmarkt hat also der starke Wohnungswachstum — wenigstens bis Ende März — leider nur geringe Entlastung gebracht. Mag sein, daß es für unser Gewerbe ein ungünstiges Zusammentreffen war, daß Ostern in die letzte volle Märzwoche gefallen ist und die Aufträge erst nach dem Feste in Angriff genommen werden konnten.

Table with 12 columns: Monat, Es berichteten Filialen (1931, 1932), Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schluß des Monats (1931, 1932), Arbeitslose Mitglieder am Schluß der letzten Woche des Monats (1931, 1932), Aufste 1000 Mitglieder entlassen (1931, 1932).

An der Befragung sind alle Landesarbeitsamtsbezirke, wenn auch nicht in gleichem Maße, beteiligt. Am günstigsten schneidet Ostpreußen mit einem Rückgang um 11,2%, am ungünstigsten Sachsen mit nur 1,2% ab; aber die Arbeitslosigkeit bewegt sich immer noch zwischen 7,5 und 9,8% der Gesamtbeschäftigten.

Von den Filialen Düren, Guben, Lüdenscheid, Neumünster, Regensburg und Werdau ist die Berichtskarte zu spät eingegangen. Das soll Anlaß sein, wieder einmal daran zu erinnern, daß das Gesamtergebnis spätestens am 10. auf den Berichtsmontat folgenden Tage festgestellt und an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, an das „Statistische Reichsamt“ und an den NSDAP. eingeliefert werden muß.

Endlich Verbot der SA.

Am 13. April hat die Reichsregierung endlich durch Verordnung des Reichspräsidenten ein Verbot der SA- und SS-Formationen verfügt. Diese sollen sofort aufgelöst werden. Darunter fallen sämtliche militärischen Organisationen der NSDAP, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS), mit allen dazugehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschließlich der SA-Beobachter, SA-Reserven, Motorstürme, Marinestürme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen und der Zeugmeistereien.

Die vom Reichkongress angenommene Entschliebung

L.

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Auswand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongress richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die Beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongress verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Überwindung gesteigert werden. Alle noch aufrechenbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfaßten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden.

Darüber hinaus unterstützt der Kongress die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkswirtschaftlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so ausgestaltet ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihebestände noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkreise gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativer Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongress wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaufkraft.

Der Kongress fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

II.

Anschließend aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongress es als eine gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volksschichten verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden.

Das Spiel mit der „Autarkie“

Die deutsche Schwerindustrie hat ihr Herz für den deutschen Binnenmarkt entdeckt. Sie macht, in Gefolgschaft der Nationalsozialisten, Propaganda für „Autarkie“, für die Selbstgenügsamkeit Deutschlands, das sich auf den Binnenmarkt zurückziehen, von Ein- und Ausfuhr soweit nur möglich fernhalten soll.

fuhr zu Verlustpreisen aufhören könnte. Diesem Vorteil würde jedoch die Verringerung der von der deutschen Schwerindustrie bisher im Ausland abgesetzten Produktmengen als Nachteil gegenüberstehen. Der Binnenmarkt soll dafür Ersatz bieten. Auf welche Weise aber? Normalerweise müßten die überhöhten Monopolpreise im Inland abgebaut werden, wenn der Absatz erweitert werden soll.

Das Satyrspiel mit der Autarkie erscheint jedoch erst in vollem Licht, wenn das Verhalten der Vertreter der Großlandwirtschaft beobachtet wird. Diese waren bis vor kurzem noch die leidenschaftlichsten Anhänger des Autarkiegedankens. Sie wollten die Absperrung Deutschlands vom Ausland durchsetzen, um den Absatz für ihre eigenen landwirtschaftlichen Produkte zu erhöhten Preisen zu ermöglichen.

Troski zum NSD.-Kurs in Deutschland

Leo Troski gab den kalintreuen Kommunisten in der letzten Zeit schon mehrfach bittere Pillen zu schlucken. Das tut er auch in seinem neuesten Buch. Mit beiführender Schärfe und herbem Hohn geht er der Philosophie Stalins und denen, die sie in Deutschland volkstümlich machen wollen, zu Leibe.

Troski setzt auseinander, wie durch die faschistische Ideologie die Massen des verarmten Kleinbürgertums, die Banden deklassierter Proletarier und all die zahllosen Menscheneristungen in Bewegung kamen, die das Finanzkapital in Verzweiflung und Elend stürzte. Er weist darauf hin, wie die Faschisierung des Staates vor allem und hauptsächlich auf die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen hinauslaufe, und er erinnert daran, daß vor einigen Jahren selbst das leitende Organ der Komintern von dem Faschismus in seiner italienischen Ausgabe gefagt habe, daß er jegliches Kompromiß mit der Sozialdemokratie verwerfe, sie wüßten verfolge und aller legalen Existenzmöglichkeiten beraube.

Der Kritiker des Stalinschen Kommunismus legt dann weiter dar, welchen Wert die Arbeiterorganisationen besitzen und was ihre Zerstörung bedeuten würde. Wir zitieren wörtlich:

„Im Laufe vieler Jahrzehnte haben die Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Demokratie, unter deren Ausnutzung und im Kampf mit ihr eigene Festungen, eigene Basen, eigene Herde der proletarischen Demokratie gebaut: Gewerkschaften, Parteien, Bildungsclubs, Sportorganisationen, Genossenschaften usw. Das Proletariat kann zur Macht nicht im formalen Rahmen der bürgerlichen Demokratie gelangen, sondern nur auf revolutionärem Wege: das ist durch Theorie und Praxis gleichermaßen erwiesen. Aber gerade für den revolutionären Weg benötigt es die Stützpunkte der Arbeiterdemokratie innerhalb des bürgerlichen Staates.

Troskis Anklage gipfelt in dem Satz: „Brüning mit Hitler zu identifizieren (gleichzustellen), bedeutet die Situation vor dem Kampfe mit der Situation nach der Niederlage zu identifizieren; bedeutet, im voraus die Niederlage als unermehlich zu betrachten; bedeutet, ohne Kampf zu kapitulieren.“

Regelmäßige Bücherkontrollen müssen überall durchgeführt werden!

